

Lasten, die der Jugend neu aufgebürdet werden.

Ein Herz für die Globalisierung

Regierungen wollen im Kampf gegen Corona die Gesundheit schützen und lähmen die Wirtschaft. Das ist zerstörerisch. Man müsste nur den Personenverkehr kontrollieren.

Von Beat Gygi

Sagte ein Höhlenbewohner zum andern: «Ich versteh's nicht: Wir bewegen uns den ganzen Tag, sind draussen, haben saubere Luft, essen nur natürlich, brauchen kein Plastik und kein Erdöl, und doch werden wir nicht mal dreissigjährig.» Den beiden kann geholfen werden, ihnen fehlt die Wirtschaft: das System, das mit seinen milliardenfachen zwischenmenschlichen Verbindungen die Leute zum Denken, Suchen und Arbeiten anspornt und das heute in der Corona-Krise gerade in akuter Gefahr ist. Die Massnahmen vieler Regierungen gegen die Pandemie haben die Weltwirtschaft zum Teil gelähmt, zum Teil blockiert. In der Schweiz wurden Firmen in Gastronomie, Tourismus, Mobilität, Handel oder Kultur per Dekret stillgelegt, anderen sind die Geschäftspartner weggefallen. Autozulieferern fehlt der Abnehmer, Zahntechniker dürften arbeiten, aber ihre Kunden, die Zahnärzte, nicht. Bauern möchten säen, aber der Laden darf kein Saatgut verkaufen.

Bremsmanöver der Wirtschaft

Es ist enorm, wie viele Leute jetzt in der Schweiz nicht arbeiten können, da ist der Einbruch des Bruttoinlandprodukts um einige Prozent fast ein Nebenthema. Bis am Montag hatten laut Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft 75 000 Firmen Anträge auf Kurzarbeit für 910 000 Personen eingereicht, das entspricht 17,6 Prozent der Beschäftigten im Land. Parallel dazu ist die Arbeitslosenquote laut ersten Anzeichen deutlich am Steigen. Auch bei den Überbrückungskrediten ist ein Rennen losgegangen. Zu Wochenbeginn wa-

ren 43 500 Kreditverträge abgeschlossen, die im Durchschnitt einem Darlehen von 202 000 Franken entsprechen und sich auf 8,8 Milliarden Franken summieren. Fast die Hälfte der Mittel, die der Bund zur Überbrückung in Aussicht gestellt hatte, sind damit schon weg.

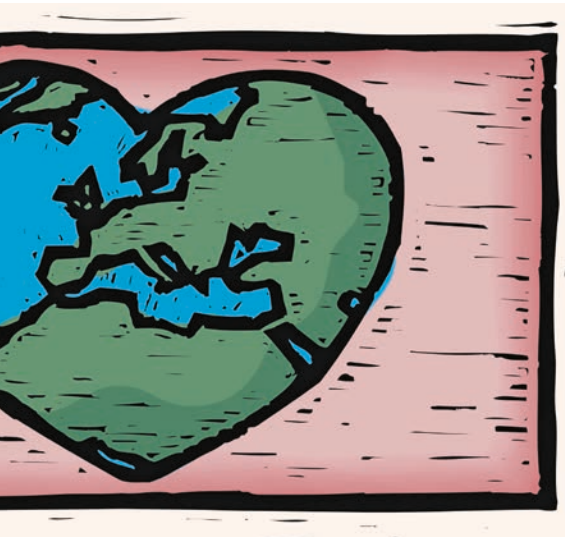
Der Begriff «weg» darf natürlich nicht zum Nennwert genommen werden, denn die Kredite sollten irgendwann zurückbezahlt werden. Genau dies deutet auf eine weitere Belastung hin, die das Bremsmanöver der Wirtschaft auferlegt: Die Verschuldung steigt praktisch überall, in den Unternehmen, beim Staat, in Privathaushalten. Wenn der Bundesrat Hilfen in der Höhe von über 40 Milliarden Franken und wahrscheinliche spätere Aufstockungen in Aussicht stellt, ist das nicht Geld, das einfach daliegt. Es gilt die alte Gesetzmässigkeit, dass Verschuldungen von heute Steuern von morgen sind. Das bedeutet, dass die junge Generation die heutige Krise irgendwann geldmässig zu spüren bekommen wird.

Das ist nicht die einzige Last, die der Jugend neu aufgebürdet wird. Sollte es so weit kommen, dass wegen eines hinausgezogenen Lockdown die Lehrabschluss- und Maturaprüfungen im Mai und Juni nicht stattfinden können, verlören die Jungen wahrscheinlich ein Jahr, was vor allem für den Berufseinstieg fatal wäre. Christoph Schaltegger, Ökonomeprofessor der Universität Luzern, weist darauf hin, dass auch bei der Krisenbewältigung selber eine Lastenverschiebung von Alt zu Jung erfolgt: Gefährdet sind primär die älteren Gruppen, bisher werden aber alle Altersklassen gleichermassen blockiert. Eigentlich müssten die Jungen aus

ihrer Sicht nun den Deal verlangen: Wir machen die Massnahmen mit, dafür wird das Rentenalter auf siebzig verschoben, denn wir brauchen bald alle Hände, um den Rückstand aufzuarbeiten.

Wenn jetzt die Wirtschaft ausgeschaltet wird, um die Gesundheit zu schützen, blenden die Behörden aus, dass gerade diese beiden Dinge zusammengehören. Die Globalisierung der Wirtschaft hat dazu geführt, dass die Menschen länger leben, länger gesund sind und auch sonst in fast jeder Hinsicht besser fahren als frühere Generationen. «Uns ist es noch nie so gut gegangen», sagte Bill Gates in einem Interview mit der *Weltwoche* 2018, das werde aber oft verkannt, da Katastrophenmeldungen in der Öffentlichkeit viel begieriger aufgenommen würden. Gates verwies auf das Buch «Factfulness» von Hans Rosling, der darin dargelegt hatte, wie die Welt immer besser wird mit Blick auf Lebenserwartung, Gesundheit, Wohlstand, Freiheit oder Frieden.

Nun stellt sich plötzlich die Frage, wieweit eine globalisierte Arbeitsteilung über die ganze Welt noch möglich sein wird. Vorläufig läuft noch einiges. Der börsenkotierte Industriekonzern ABB hat soeben gemeldet, dass in China die Produktion wieder hochgefahren wurde und die Nachfrage eine Erholung zeige. Konzernweit laufe die Mehrzahl der Produktionsanlagen noch vollumfänglich oder teilweise, auch die Auswirkungen auf die Lieferkette seien bisher minimal. Bei der Nachfrage rechnet man nach den Worten des neuen Konzernchefs Björn Rosengren insgesamt mit einer Abschwächung, man sei aber robust aufgestellt.



Wie sieht es in Transportnetzen aus? Hans-Jörg Bertschi, Verwaltungsratspräsident der Logistik-Gruppe Bertschi in Dürrenäsch, sieht vor allem zwei Störungen: erstens, dass die ganze europäische Automobilindustrie zum Stillstand gebracht wurde, und, zweitens, dass Italien praktisch die ganze Industrie abgestellt hat und Spanien und Russland nun ähnlich vorgehen. In China dagegen zeige sich eine Belebung. «Bei den Volumina sind wir wieder auf Vorkrisenniveau, und die Exporte aus China sind erfreulich. Die übrigen internationalen Verkehrsflüsse sind stabil», ergänzt er, auch jene in Verbindung mit den USA, und der Verkehr Europa-Asien habe sich in beiden Richtungen erholt. Europa selber trete jetzt halt in eine Schrumpfungphase ein. Die Bertschi-Gruppe zählt zu den weltgrössten Logistikern für Chemikalien Transporte für Kunden aus praktisch allen Branchen und ist damit eine Art Temperaturmesser für die ganze Industrie. Nach Bertschis Worten hat das Unternehmen seit Ausbruch der Krise rund 20 Prozent an Transportvolumen eingebüsst, und er fügt an: «Es wäre schlecht für die Schweizer Industrie, wenn der Shutdown in Italien und Spanien Schule machen würde.»

Demontage der Produktionsstrukturen?

Die international vernetzte Wirtschaft gilt jetzt als besondere Bedrohung der Gesundheit, weil sich das Virus mit den kommerziellen Strömen über die Welt ausgebreitet habe. Aber stimmt das? Müssen wir uns tatsächlich verabschieden von der Erwartung, dass der weltweite Gedanken- und Warenaustausch immer Neues hervorbringt und den Wohlstand erhöht? Zwingt der Kampf gegen Viren die Wirtschaft zu einer Demontage der hoch-effizienten globalen Produktionsstrukturen?

Die Antwort von Hans-Joachim Voth, Ökonomeprofessor am UBS Center for Economics in Society der Universität Zürich, ist wie ein Donnerschlag: «Die globale Verflechtung und die internationale Arbeitsteilung haben enor-

me Vorteile gebracht, Hunderte Millionen Menschen wurden aus bitterer Armut geholt, vor allem auch in China», meint Voth. Es wäre seiner Ansicht nach extrem schädlich für die Weltwirtschaft, nun die Globalisierung zurückzudrehen und die Strukturen zu zerstören, «aber», so Voth, «darum geht es auch nicht. Man muss klar sehen, dass der grösste Vorteil der Globalisierung aus dem freien Warenaustausch stammt, und die Infektionen kommen ja nicht von da her.» Dass man alle Waren überall verkaufen könne, sei im Zusammenhang mit übertragbaren Krankheiten wenig problematisch. Auch beim Kapitalaustausch gebe es keinen Grund für gesundheitliche Bedenken. Das Problem sei allein der Personenverkehr. Die Infektionen hingen ja damit zusammen, dass die Leute sehr mobil seien und in zahllosen Kontakten zusammenkämen.

Flughäfen und Grenzübergänge

Ein Teil der Reiserei sei wirtschaftlich motiviert, aber daneben spielten Spass und Freizeit eine grosse Rolle. Mit Blick auf künftige Pandemierisiken stelle sich nun schon die Frage, wieweit man es sich noch leisten könne, rasch zum Einkaufen nach London zu fliegen oder kurz zur Broadway-Show in New York zu eilen. Ob im normalen Alltag wirklich Hunderte von Millionen Leuten dauernd in der Welt umherfliegen sollten, ist seiner Ansicht nach eine Frage, die man sich durchaus stellen sollte. Jedenfalls deuteten die Erfahrungen mit der Corona-Bekämpfung in Taiwan, Singapur und Südkorea, wo man Infizierte schnell isolieren konnte, darauf hin, dass es sich lohne, über intelligente Strategien nachzudenken.

«Damit geht sicher ein Stück der Globalisierungsgewinne verloren», meint Voth, «aber wir müssen bedenken, wie gering unser Schutz vor Viren ist, und nach Sars, Mers, Vogelgrippe oder Corona sind weitere Varianten vorstellbar. Alle fünf Jahre eine Corona-Krise geht nicht. Und es gibt keine Garantie dafür, dass das nächste Virus nicht so tödlich wie Ebola und so ansteckend wie Corona ist.» Solange es keine besseren Abwehrmöglichkeiten als Quarantänen und Testeinrichtungen gegenüber risikoreichen Herkunftsregionen gebe, seien Flughäfen und Grenzübergänge heikle Punkte. Heisst das also: den Warenaustausch freilaufen lassen, aber den Reiseverkehr kontrollieren und allenfalls drosseln? Wie stark würde das die Globalisierungsvorteile verringern?

«Wenn wir die Testeinrichtungen und Reisebeschränkungen geschickt einrichten, können wir 95 bis 99 Prozent der Globalisierungsvorteile bewahren», sagt Voth. Gewiss, oft sei man in Geschäftsbeziehungen auf persönliche Kontakte angewiesen und das könne etwas aufwendiger werden, aber das sei in Relation zu setzen zu den Kosten aus einer Entwicklung, wie man sie gegenwärtig mit Corona erfahre. ○

Schweiz

Ad absurdum

Gesetze gelten neuerdings auch für Asylsuchende. Zumindest provisorisch.

Es war das übliche Ritual. Als Justizministerin Karin Keller-Sutter letzte Woche verkündete, die Einreisebeschränkungen würden auch für Asylsuchende gelten, protestierte die Flüchtlingshilfe umgehend: «Asylsuchende an der Grenze abzuweisen, ohne ihnen Zugang zu einem Asylverfahren zu gewähren, verstösst gegen zwingendes Völkerrecht.» Das Staatssekretariat für Migration winkte ab. Da die Schweiz von sicheren Nachbarn umgeben sei, könnten die Migranten ihr Asylgesuch auch in den betreffenden Ländern stellen.

Rückschaffung war legal

Was gilt nun? Nicht einmal die Richter von Strassburg wissen es. Am 3. Oktober 2017 fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im «Melilla-Fall» einen Grundsatzentscheid, und zwar einstimmig, wie betont wurde: An der Grenze gestellte Asylgesuche müssen behandelt werden. Konkret ging es um zwei afrikanische Migranten (Mali, Côte d'Ivoire), die in einer Gruppe von sieben Personen 2014 den Grenzzaun in der spanischen Enklave Melilla gestürmt hatten, von der Guardia civil abgefangen und sofort nach Marokko zurückgeschickt wurden. Spanien focht die Verurteilung an, mit Erfolg. Am 20. Februar 2020 hat die grosse Kammer des EGMR in demselben «Melilla-Fall» entschieden, und zwar einstimmig, wie betont wird: Die schnelle und formlose Rückschaffung nach Marokko war legal.

Hat sich in den letzten drei Jahren irgendetwas an den Menschenrechten geändert? Natürlich nicht. Der Entscheid des EGMR hat mit Juristerei rein gar nichts zu tun, er ist, wie die meisten Urteile aus Strassburg, politischer Natur. Es wäre schwierig gewesen, dem gemeinen Volk in Zeiten von Corona zu erklären, dass Reisebeschränkungen nur für legale Grenzgänger gelten. Also änderte man die hehren Prinzipien. Bis auf weiteres.

Wir sollten uns endlich von der Fiktion verabschieden, dass sich das Phänomen der illegalen Migration auf der juristischen Ebene bewältigen lässt. Kaum jemand stellt den Schutz von Verfolgten in Frage. Die Erfahrung lehrt uns aber, dass diese unbestrittenen Menschenrechte systematisch ad absurdum geführt werden, um das geltende Recht auszuhebeln. Es bleibt zu hoffen, dass die Corona-Krise auch die Juristen wieder auf den Boden der Realität zurückbringt.

Alex Baur